



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 07.05.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 05.05.2015, 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

Beratende Mitglieder

Herr Wilhelm Geraedts	AfD
Frau Judith Wolter	pro Köln
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN in Vertretung für Frau Durdu
Herr Ulf Florian	SPD
Frau Helga Schlapka	SPD
Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Stephan Horn	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen

Herr Felix Schneider auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Wande auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Herr Dr. Höver 02-1
Herr Schmitz 02-1/4
Frau Shepperson 02-1/4
Herr Stüttem 15
Herr Götting 32
Herr Dega KölnBäder GmbH

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE
Frau Gülgün Durdu DEIN KÖLN
Herr Heinz Klein auf Vorschlag der CDU
Thomas Roßbach CDU

Herr Thelen eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Herr Dr. Höver stellt die neue Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden, Frau Julia Shepperson, vor.

Herr Thelen, Grüne, teilt mit, dass er aufgrund des erneuten Schreibens mit der Mieterinitiative Egonstraße Kontakt aufnehmen und um Verständnis für die angestrebte Lösung werben werde. Er werde den Ausschuss über die weitere Entwicklung informieren.

Herr Pohl, CDU, und Herr Schneider, SPD, zeigen sich überrascht über den neuen Vorstoß der Initiative. Die Vorgehensweise der Verwaltung sei im Ausschuss und während des Ortstermins abschließend vereinbart worden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, HGK Bahnlinie (Az.: 02-1600-80/14), Stellungnahme der HGK AG zum Beschluss vom 17.03.2015 1004/2015

2.2 Tierrettung in Köln
0729/2015

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Schaffung eines neuen Stadtteils "Deutz-Nord" (Az.: 02-1600-74/11)
4001/2015

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, KölnBäder GmbH (Az.: 02-1600-04/15)
0416/2015

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, WC Anlagen in der Gastronomie bzw. öffentliche Toiletten (Az.: 02-1600-24/15)
0576/2015

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, HGK Bahnlinie (Az.: 02-1600-80/14), Stellungnahme der HGK AG zum Beschluss vom 17.03.2015 1004/2015

Kenntnis genommen.

2.2 Tierrettung in Köln 0729/2015

Kenntnis genommen.

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Schaffung eines neuen Stadtteils "Deutz-Nord" (Az.: 02-1600-74/11) 4001/2015

Der Petent begründet seine Eingabe.

Herr Stüttem, Amt für Stadtentwicklung, steht für Nachfragen zur Verfügung. Die Verwaltung habe die Eingabe sehr eingehend geprüft. Es seien weder heimliche noch unrechtmäßige Entscheidungen seitens des Rates der Stadt Köln getroffen worden. Vielmehr liege ein rechtmäßiger Ratsbeschluss vom 15.07.1954 zur Neueinteilung der Stadtteilgrenzen vor. Im Zuge dessen sei die Bezeichnung dieses Bereiches und Zuordnung zu Mülheim erfolgt. Durch städtebauliche Entwicklungen sowie die Bildung der Stadtbezirke im Jahre 1975 habe sich seitdem die Quartierszugehörigkeit zu Mülheim verfestigt. Nach juristischer Prüfung stünden die Regelungen des Eingemeindungsvertrages zwischen Köln und der damaligen Stadt Deutz diesen Beschlüssen nicht entgegen.

Herr Schneider, SPD, bittet um Klarstellung, ob und in welchem Zeitraum ein Stadtteil Deutz-Nord bestanden habe. Dies gehe aus der Beschlussvorlage nicht hervor.

Herr Geraedts, AfD, dankt den Petenten für die umfangreichen Rechercharbeiten.

Herr Stüttem, Amt für Stadtentwicklung, führt aus, dass aus Sicht der Verwaltung der entscheidende Ratsbeschluss für die Umbenennung des Bereichs am 15.07.1954 gefasst wurde. Ab diesem Zeitpunkt wurde dieser Teil des Deutzer Nordens dem Stadtteil Mülheim zuge-

schlagen. Dies wurde im Rahmen der Beschlüsse zur Kommunalen Gebietsreform 1975 beibehalten.

Herr Thelen, Grüne, teilt mit, dass er die Protokolle des Rates aus dem Jahre 1954 eingesehen habe. Die Protokolle beziehen sich auf eine Denkschrift aus dem Jahre 1953 zur Neugliederung der Stadtteile. Diese liege aber nicht vor und sei aufgrund des Archiveinsturzes momentan nicht auffindbar. Der Rat habe den Beschluss aber seinerzeit einstimmig gefasst.

Frau Akbayir, Die Linke, führt aus, dass sich ihrer Erfahrung nach die Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Stegerwaldsiedlung sehr stark mit dem Stadtteil Mülheim identifizieren.

Frau Aymaz, Grüne, merkt an, dass der Beschluss seinerzeit rechtmäßig gefasst wurde, wenn auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht in dem heute üblichen Maße erfolgt sei. Die angeführte Insellage der Stegerwaldsiedlung sei durch städtebauliche Entwicklungen nicht mehr gegeben. Die Wohngegend werde verstärkt als Teil von Mülheim wahrgenommen. Eine Umbenennung dieses Teils in „Deutz-Nord“ oder „Deutz-Stegerwald“ würde diesem integrativen Prozess widersprechen.

Herr Pohl, CDU, spricht sich gegen eine Umbenennung sowie die Bildung eines neuen Stadtteils aus. Er regt jedoch an, in der Stegerwaldsiedlung ein Schild aufzustellen, welches an die Deutzer Historie dieses Bereichs erinnert.

Herr Schneider, SPD, hat ebenfalls keinen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der damaligen Ratsbeschlüsse und spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung sowie den Vorschlag von Herrn Pohl aus.

Aufgrund des Beratungsverlaufs schlägt Herr Thelen folgenden ergänzten Beschluss vor:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe, spricht sich jedoch gegen die Schaffung eines neuen Stadtteils mit der Bezeichnung „Deutz-Nord“ oder „Deutz-Stegerwald“ aus. Die Verwaltung möge prüfen, ob durch ein Schild an geeigneter Stelle auf die Historie dieses ehemals zu Deutz gehörenden Gebietes hingewiesen werden kann.

Ergänzend weist er darauf hin, dass die Finanzierung auch seitens der Bürgerschaft erfolgen kann.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe, spricht sich jedoch gegen die Schaffung eines neuen Stadtteils mit der Bezeichnung „Deutz-Nord“ oder „Deutz-Stegerwald“ aus. Die Verwaltung möge prüfen, ob durch ein Schild an geeigneter Stelle auf die Historie dieses ehemals zu Deutz gehörenden Gebietes hingewiesen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, KölnBäder GmbH (Az.: 02-1600-04/15) 0416/2015

Die Petentin ist nicht anwesend.

Herr Dega, KölnBäder GmbH, steht für Nachfragen zur Verfügung. Er stellt die finanziellen Notwendigkeiten der Preiserhöhungen zum 01.01.2015 dar. Es würden allerdings zahlreiche Ermäßigungen sowie Vorteilskarten angeboten. Die Kritik der Petentin hinsichtlich Gebühr für die Vorteilskarte wurde seitens der KölnBäder GmbH aufgegriffen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates soll diese Gebühr abgeschafft und stattdessen ein Pfand in gleicher Höhe erhoben werden. Zudem werde zukünftig in allen Bädern die Möglichkeit zur EC-

Kartenzahlung angeboten. Kombikarten würden aber weiterhin nicht angeboten, da keine Geschäftsbeziehungen zu den angesprochenen Unternehmen bestünden.

Herr Schneider, SPD, Frau Aymaz, Grüne, und Herr Pohl, CDU, begrüßen die angesprochenen Verbesserungen. Für eine Änderung der Preispolitik sehen sie aufgrund der Haushaltsituation keine Möglichkeit.

Frau Akbayir, Linke, kritisiert die Preispolitik der KölnBäder GmbH. Diese solle familienfreundlicher gestaltet werden. Zudem sei der bauliche Zustand der einzelnen Bäder nicht zufriedenstellend.

Herr Schneider, SPD, übernimmt für den folgenden Redebeitrag die Sitzungsleitung

Herr Thelen, Grüne, merkt an, dass die Entscheidung über die Finanzierung der KölnBäder GmbH dem Rat obliege. Die Unterstützung der Bäder belaufe sich zurzeit auf über 19 Millionen Euro im Jahr. Die Erhöhung der Preise sei somit notwendig gewesen. Die Bäderlandschaft sei in den letzten Jahren mit einem Betrag von 150 Millionen Euro ertüchtigt worden und in einem hervorragenden Zustand. Eine Senkung der Preise würde eine Erhöhung der Subventionen mit Einsparungen an anderen Stellen bedeuten. Jede gekaufte Karte werde mit 7 € bezuschusst.

Im Anschluss übernimmt Herr Thelen, Grüne, wieder die Sitzungsleitung und regt folgenden ergänzten Beschluss an:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe, sieht jedoch aufgrund der angespannten Haushaltssituation keine Möglichkeit, die Preispolitik der KölnBäder GmbH zu ändern. Er bittet jedoch die KölnBäder GmbH die Möglichkeit der EC-Zahlung zügig in allen Bädern umzusetzen. Der Ausschuss begrüßt den Vorschlag der KölnBäder, für die Vorteilskarten eine Pfandregelung anstelle der 5 € Gebühren einzuführen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe, sieht jedoch aufgrund der angespannten Haushaltssituation keine Möglichkeit, die Preispolitik der KölnBäder GmbH zu ändern. Er bittet jedoch die KölnBäder GmbH, die Möglichkeit der EC-Zahlung zügig in allen Bädern umzusetzen. Der Ausschuss begrüßt den Vorschlag der KölnBäder, für die Vorteilskarten eine Pfandregelung anstelle der 5 € Gebühren einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, WC Anlagen in der Gastronomie bzw. öffentliche Toiletten (Az.: 02-1600-24/15) 0576/2015

Die Petentin hat sich entschuldigt.

Herr Götting, Amt für öffentliche Ordnung, steht für Nachfragen zur Verfügung. Er führt aus, dass 2003 im Rahmen der Bürokratieabbaugesetzgebung die damalige Gaststättenbauverordnung aufgehoben wurde. In dieser war geregelt, dass jeder Gastronomiebetrieb Toiletten vorhalten musste. Die Regelungen sind in der Versammlungsstättenverordnung aufgegangen und durch den Toilettenerlass NRW präzisiert worden. Hierdurch sollte insbesondere Stehcafés die Möglichkeit gegeben werden, alkoholfreie Getränke abzugeben. Bei Abgabe von alkoholischen Getränken muss aber immer eine Toilette angeboten werden.

Die Verwaltung versucht aber, bei jedem Neuantrag auf Erteilung einer Gaststättenkonzession auf die Errichtung einer Toilette hinzuwirken, auch wenn dies nicht in jedem Fall zwingend gefordert werden könne. Im Rahmen des Projektes „Happy Toilet“ sollen Gastronomie- und

Einzelhandelsbetriebe dazu bewegt werden, ihre Toiletten gegen einen Unkostenbeitrag der Öffentlichkeit anzubieten. Dies stelle sich aber als schwierig dar.

Herr Schneider, SPD, hinterfragt, ob die 2003 auf landesebene getroffenen Entscheidungen noch zeitgemäß seien. Die gesellschaftliche Entwicklung sei seitdem fortgeschritten und habe ein geändertes Freizeitverhalten hervorgebracht. Deshalb sollte geprüft werden, ob der Sinn und Zweck dieser Regelungen noch gegeben sei.

Herr Pohl, CDU, fragt nach, wie viele Betriebe sich bisher an der Aktion „Happy Toilet“ beteiligt haben und wie der Umsetzungsstand des Toilettenkonzepts sei.

Frau Aymaz, Grüne, weist ebenfalls auf das veränderte Freizeitverhalten der Menschen hin. Das Toilettenkonzept solle daher so schnell wie möglich umgesetzt werden. Sie regt an, als Ergänzung zum bisherigen Informationsangebot eine entsprechende App anzubieten, welche das Auffinden von Toiletten erleichtern soll. Hier sollen alle Toiletten, welche der Öffentlichkeit zugänglich sind, angegeben werden.

Frau Domke, FDP, ergänzt, dass auch in Publikationen für Touristen auf Toiletten hingewiesen werden sollte. Sie spricht sich aber gegen neue bürokratische Hürden für Gastronomiebetriebe aus.

Herr Götting, Amt für öffentliche Ordnung, betont nochmals, dass die Verwaltung von jedem Gastronom bei Neuantragstellung die Einrichtung einer Toilette fordere. Die Aufhebung der Gaststättenbauverordnung sei aber seinerzeit sinnvoll gewesen, um älteren sowie kleineren Betrieben, die räumlich keine Toilette errichten konnten, den Ausschank alkoholfreier Getränke zu ermöglichen.

Bisher beteiligen sich lediglich 10 Betriebe am Projekt „Happy Toilet“. Das Projekt werde aber weiter forciert.

Die Umsetzung des Toilettenkonzeptes sei von der Haushaltssituation abhängig. Die Einrichtung der vorgeschlagenen App erscheine sinnvoll und werde nach einem entsprechenden Beschluss von der Verwaltung geprüft.

Herr Thelen schlägt aufgrund der Diskussion folgenden Beschlusstext vor:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe und bittet die Verwaltung das Toilettenkonzept weiter umzusetzen. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, an das Land NRW heranzutreten, ob nicht die Versammlungsstättenverordnung im Hinblick auf die Frage „Einrichtung von Toiletten in Gaststätten und ähnlichen Betrieben“ aktualisiert bzw. präzisiert werden kann. Um die Information über die vorhandenen Toiletten in der Stadt zu verbessern, bittet der Ausschuss die Verwaltung, eine entsprechende App einzurichten. Der Ausschuss begrüßt das Vorhaben der Verwaltung, das Projekt „Happy Toilet“ zu forcieren. In diese Maßnahmen soll KölnTourismus einbezogen werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe und bittet die Verwaltung das Toilettenkonzept weiter umzusetzen. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, an das Land NRW heranzutreten, ob nicht die Versammlungsstättenverordnung im Hinblick auf die Frage „Einrichtung von Toiletten in Gaststätten und ähnlichen Betrieben“ aktualisiert bzw. präzisiert werden kann. Um die Information über die vorhandenen Toiletten in der Stadt zu verbessern, bittet der Ausschuss die Verwaltung, eine entsprechende App einzurichten. Der Ausschuss begrüßt das Vorhaben der Verwaltung, das Projekt „Happy Toilet“ zu forcieren. In diese Maßnahmen soll KölnTourismus einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

**7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Thelen
Vorsitzender

Schmitz
Schriftführer